



**Informationen gemäß Artikel 13, 14 und 21 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)
-Zentrale Dienste/Personalamt – Bewerbungsverfahren –**

**Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten
(Artikel 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)**

Verbandsgemeinde Nieder-Olm
Personalamt
Pariser Straße 110
55268 Nieder-Olm
Telefon: 06136 69 0
eMail: rathaus@vg-nieder-olm.de

**Beauftragte für den Datenschutz
(Artikel 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)**

Verbandsgemeinde Nieder-Olm
Datenschutzbeauftragte
Pariser Straße 110
55268 Nieder-Olm
Telefon: 06136 69 11050
eMail: datenschutz@vg-nieder-olm.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO):

- Durchführung von Bewerbungsverfahren im Rahmen von Stellenausschreibungen

Rechtsgrundlage:

- Artikel 88 DS-GVO i.V.m. § 20 Abs. 6 LDSG
- § 15 Abs. 4 AGG
- Personalaktenrecht zur Beurteilung und Eignung, Befähigung und fachliche Leistung gem. Artikel 33 Abs. 2 Grundgesetz

Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Artikel 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Mitarbeitende des Personalamts, Fachbereichsleitungen, Personalvertretungen, Gleichstellungsbeauftragte und ggf. dem Schwerbehindertenbeauftragte
- Mitgliedern in Ausschüssen nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung (z.B. Haupt- bzw. Finanzausschuss der Gemeindeverwaltung, Fraktionen im Gemeinderat)
- Von der Verbandsgemeinde Nieder-Olm eingesetzte Auftragsverarbeiter (Artikel 28 DS-GVO)

Übermittlung in ein Drittland (Artikel 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO): entfällt

Dauer der Speicherung (Artikel 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Um das Stellenbesetzungsverfahren ordnungsgemäß durchzuführen, werden die von Ihnen gemachten Angaben in Papierform und elektronisch gespeichert. Im Falle einer erfolglosen Bewerbung werden nach Abschluss des Verfahrens Ihre Daten noch 3 Monate aufbewahrt. Nach Ablauf dieser Frist werden die Unterlagen vernichtet, sofern aufgrund eines evtl. anhängenden Klageverfahrens keine längere Aufbewahrungsfrist notwendig ist. Eine weitere Aufbewahrung Ihrer Bewerbungsunterlagen für nachfolgende Stellenbesetzungsverfahren ist auf der Basis Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO möglich. Die Einwilligung wird von uns in diesem Falle gesondert eingeholt. Ist Ihre Bewerbung erfolgreich, werden die Bewerbungsunterlagen in eine Personalakte übergeführt. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus der Abgabenordnung (AO), SGB I und X usw. ergeben. Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation können bis zu 30 Jahre betragen.

Betroffenenrechte (Artikel 13 Abs. 2 lit. b bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:
Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO)

Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DS-GVO)

Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Artikel 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung und Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Artikel 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Artikel 21 DS-GVO) dient.

Beschwerderecht (Artikel 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO):

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, (Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon 06131 8920-0 Telefax 06131 8920 299, E-Mail: Poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.